Der Abwart als Klimafaktor

SUBVENTIONEN. Der Staat pumpt Millionen in Sanierungen von Gebäuden. Warum schult er nicht auch Hauswarte darin, wie man die Heizung besser einstellt?



m Jahr 2019 erhielten Hauseigentümer 265 Millionen Franken von Bund und Kantonen. Mit dem Geld aus dem Gebäudeprogramm wird die energetische Sanierung von Gebäuden unterstützt. Zwar sanken in den letzten 30 Jahren die Emissionen von Treibhausgas um rund einen Viertel. Doch wenn die Schweiz ihre Energie- und Klimaziele erreichen will, reiche das nicht, sagt das Bundesamt für Energie. Das Gebäudeprogramm sei «ein wirksames Instrument».

Fachleute haben grosse Zweifel, ob das tatsächlich so ist. Mehr als die Hälfte der Gelder fliesst in die Wärmedämmung von Dächern und Fassaden. Mit diesen teuren und materialintensiven Massnahmen lässt sich die Hälfte des Energieverbrauchs einsparen - allerdings nur in der Theorie. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass der Spareffekt überschätzt wird, sagt Adrian Altenburger, Professor für Ge-

Sanierungstopf ist übervoll

Das Gebäudeprogramm soll energetische Sanierung fördern. Finanziert wird es mit der CO₂-Abgabe des Bundes auf Heizöl und Erdgas sowie aus Kantonsbeiträgen. 2019 zahlte der Bund rund 180 Millionen aus die Hälfte dessen, was zur Verfügung stand. Warum? Ein Teil des Bundesgelds fliesst nur, wenn auch die Kantone Gelder sprechen, Manche Kantone verzichten darauf. Zudem gab es nicht genug Gesuche von Hauseigentümern.

In den letzten zehn Jahren wurden mehr als 700 Millionen aus der CO₂-Abgabe nicht genutzt. Das Geld floss per Verbilligung von Krankenkassenprämien an die Bevölkerung zurück.

bäudetechnik an der Hochschule Luzern. «Manche Bauten verbrauchen im realen Betrieb 40 Prozent mehr Energie als auf dem Papier.»

Den Beweis erbringen. Die Gelder würden «zu wenig nach Qualitätskriterien ausgegeben», kritisiert Altenburger, Vizepräsident des Ingenieur- und Architektenvereins SIA. Für Subventionen müsse man nicht mal nachweisen, dass man den Energieverbrauch tatsächlich reduziere. Altenburger fordert, dass nach der Sanierung der reale Energieverbrauch gemessen wird und zumindest ein Teil der Gelder nur fliessen dürfe, wenn man eine Reduktion nachweisen könne. «In anderen Ländern wird das so praktiziert.»

Das Bundesamt für Energie ist sich der «Problematik bewusst». Doch das Gebäudeprogramm sei als Investitionshilfe konzipiert und gebe Eigentümern Planungssicherheit. Wenn erst nach

einer Erfolgsmessung klar sei, wie viel Geld sie erhalten, sei es «schwierig» für sie, «Geld in die Hand zu nehmen».

Dass auch sanierte Gebäude zu viel Energie verbrauchen, hat verschiedene Gründe. Manche Leute erhöhen nach der Renovation ihre Raumtemperatur. Und in vielen Fällen funktioniere die Gebäudetechnik nicht optimal, sagt der Haustechnik-Ingenieur Robert Uetz. Bei Kontrollen stosse er regelmässig auf Heizungen, Lüftungen oder Wärmepumpen, die nicht richtig eingestellt sind und deutlich mehr Energie verschlingen als nötig. Das sei bei fast der Hälfte der Gebäudetechnikanlagen so. Selbst vielen Hauswarten, die grosse Gebäude professionell betreuen, fehle es an Fachwissen und Zeit.

Billig, aber sehr wirksam. «Allein mit Betriebsoptimierungen könnte man den Wärmeenergieverbrauch um einen Fünftel reduzieren», weiss Uetz aus Erfahrung. Ohne einen Franken in die Infrastruktur zu investieren. Es wäre also viel wirksamer, wenn gesetzlich vorgeschrieben würde, dass man die Gebäudetechnik regelmässig kontrolliert und optimiert. Das sei momentan freiwillig.

Einen Fünftel Energie zu sparen, hätte grosse Wirkung. Denn ein Drittel der CO₂-Emissionen der Schweiz stammt von Gebäuden. Und nach wie vor werden zwei von drei mit fossilen Brennstoffen beheizt. Da Energie zu günstig ist und sich die Kosten auf die Mieter abwälzen lassen, haben Eigentümer wenig Anreiz zum Sparen, monieren Fachleute.

Zudem sei man viel zu stark auf die Gebäudehülle fixiert. Man baue oft grenzwertige Dämmungen, deren Herstellung viel Energie verschlinge. Diese graue Energie werde bei den Berechnungen aber kaum berücksichtigt, sagt Experte Altenburger. Gute Dämmung sei zwar grundsätzlich wichtig. Doch «ein in die Gebäudetechnik investierter Franken reduziert die CO₂-Emissionen meist wirkungsvoller als Massnahmen an der Gebäudehülle».

Ein besseres Preis-Wirkungs-Verhältnis erzielt man auch, wenn man von Öl und Gas auf nichtfossile Energieträger wechselt. Aber genau das wird zu

wenig gemacht. Die Mehrheit der Hausbesitzer ersetzt noch immer defekte fossile Heizungen einfach mit einem neuen Modell. Prozent mehr Dabei komme es aus klimapolitischer Sicht vor als auf dem allem auf die Energiequelle an, sagt der spezialisierverbrauchen te Architekt Niklaus Haller.

Energie

Papier

manche

Gebäude.

Am besten sei es, wenn man den Bedarf wo immer möglich mit Wärmepumpen decke. Nötig sei ein

Systemwechsel in der Politik, so Haller. «Der CO2-Ausstoss der Gebäude sollte mit schärferen Grenzwerten reduziert werden. Und staatliche Fördergelder sollten primär für Härtefälle und besonders effiziente Anlagen gesprochen werden, nicht flächendeckend wie heute.»

Auch Adrian Altenburger will weg von Förderung und hin zu mehr Lenkung. «Statt Fördergelder als Anreiz zu vergeben, sollte man CO2 stärker besteuern.» Das sieht das neue CO2-Gesetz vor - wenn auch nicht in genügendem Mass, kritisieren Fachleute. Über das Gesetz wird noch das Volk entscheiden. **DANIEL BÜTLER**

